

sandten Mitteilungen. Rund 45 Prozent aller Äusserungen im Bereich dieser Zulieferbeiträge entfielen auf Einzelbürger, die sich auf diesem Weg Luft und Stimme im medienöffentlichen Verfassungsdiskurs verschafften. Weitere 15 Prozent der Stellungnahmen in diesem Berichterstattungssegment stammten von Vertretern der Vereine und Initiativen. Insgesamt beherrschten die Akteure der Peripherie des politischen Systems den Markt der Einsendungen mit einem Anteil von über 60 Prozent aller dort geäusserten Meinungen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch die etablierten Akteure des politischen Aktivsystems die Empfänglichkeit der Zeitungsredaktionen gegenüber eingesandten Mitteilungen für ihre Publizitätsinteressen zu nutzen wussten. Das gilt zuvorderst für das Fürstenhaus, dessen Repräsentanten die (inoffizielle) Veröffentlichungsgarantie eigener Verlautbarungen vergleichsweise rege in Anspruch nahmen, aber auch für (einzelne) Vertreter von Parteien und Fraktionen, die sich auf diesem Kanal regelmässig zu Wort meldeten. Der Befund verdeutlicht, dass offene Leserbriefspalten nicht nur als Zugeständnis an die ansonsten passiven Teile des Medienpublikums verstanden werden dürfen, sondern dass sie darüber hinaus die Publizitätschancen statushoher Akteure des politischen Zentrums erhöhen, die auf diesem Weg ihren Zugang zur Öffentlichkeit zu diversifizieren verstehen (vgl. auch Richardson / Franklin 2004).

Der dritte Teil der Tabelle dokumentiert die Verteilung der medienöffentlichen Sprecher in der Verhandlungs-, Parlaments- und Referendumsphase des politischen Prozesses. Die Auswertung belegt einen statistisch überzufälligen Unterschied in der infrastrukturellen Ausstattung der öffentlichen Debatte in den drei Phasen des Entscheidungsprozesses. Auf den ersten Blick wird ersichtlich, dass die Dominanz des politischen Zentrums im medienöffentlichen Diskurs schrittweise aufgelöst wird, während die Meinungen und Positionen der Zivilgesellschaft in gleichem Masse an Präsenz und Visibilität gewinnen. In der Verhandlungsphase beherrschen die beiden Hauptakteure – Fürstenhaus und Landtag (Verfassungskommission) – den medienöffentlichen Diskurs, orchestriert vom politischen Publikum als Leserbriefschreiber. Während des kurzen parlamentarischen Prozesses gewinnen die Stellungnahmen der Abgeordneten noch weiter an Bedeutung, während die Medienpräsenz des Landesfürsten nachlässt. In der Referendumsphase ist das Fürstenhaus als Initiant naturgemäss wieder präsenter, während die Landtagsabgeordneten in dieser Phase nicht nur politisch aus dem Spiel ge-